

**Erstklassig täglich**  
ausdrückt mit Ausnahme  
der Sonn- und Feiertage.

**Abonnementpreise**  
monatlich 60 Pf.  
vierteljährlich 1.80 Pf.  
Halbjährlich 3.40 Pf.  
Jahres 6.40 Pf.  
Inhalt: 1.000 Nr. 10 Pf.  
1.000 Nr. 10 Pf.

**Die Neue Welt**  
Abendblatt (ausgegeben)  
durch die Post nicht bezugbar,  
kostet monatlich 10 Pf.  
vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047.  
Gedruckte Abreise:  
Schickstatt, Halle.

# Die Neue Welt

**Sozialdemokratisches Organ**

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,  
Baumburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebwerda, Sangerhausen-Eckartsberga  
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

**Infektionsgebühr**  
beträgt für die 8 tägige  
Pforten- oder deren Raum  
50 Pfennig.  
Für auswärtige Kreislagen  
25 Pfennig.  
Im vorbehaltenen Falle  
kann die Pforte 75 Pfennig.

**Inferte**  
für die 8 tägige Nummer  
müssen spätestens bis vor-  
mittags (am 11. Uhr) dem  
Expeditoren eingereicht  
sein.

Eingetragen in die  
Postregisterliste.

## Das Reichsvereinsgesetz.

Die reichsgesetzliche Vereinigung der Vereins- und Versammlungsfreiheit für ganz Deutschland ist eine alte sozialdemokratische Forderung. Schon im Jahre 1878 brachten Kappell und Genossen im Reichstag einen Antrag ein, der lautete:

Alle Einwohner des Reiches haben das Recht, ohne politische Anmeldung an jedem Orte — unter freiem Himmel — in geschlossenen Räumen — sich zu versammeln und Vereine zu politischen Zwecken zu begründen. Alle Vereins- und Versammlungsgesetze der deutschen Einzelstaaten sind aufgehoben.

Dieser Antrag, der damals gar nicht zur Beratung gelangte, wurde seit 1893 in einem veränderter Fassung häufig wiederholt. Es wurde für Versammlungen und Umzüge, die auf öffentlichen Straßen und Plätzen stattfinden sollten, eine schwebende Anmeldefrist vorgelesen und einige milde Strafvorschriften wurden eingefügt zum Schutz gegen Personen, welche die Ausübung der Vereins- und Versammlungsfreiheit hindern oder zu hindern verühten.

Es dauerte abermals drei Jahre, bis sich eine Kommission zusammensand, die über diesen sozialdemokratischen Entwurf beriet und schließlich einen eigenen reaktionär verschleierten Entwurf zum Vorschein brachte, der jedoch niemals Gesetz wurde. Dieser Entwurf von 1896 hat der Regierung in einigen Punkten als Muster für ihre jetzige Vorlage gedient, die jedoch in ihrer reaktionären Tendenz noch weit über den alten Reichsvereinsgesetz hinausgeht.

Der Entwurf von 1896 enthält keine Sprachen-Ausnahmsparagrafen, keine Ausnahme für ländliche Kreise. Die Streikung der hierauf bezüglichen Bestimmungen des Regierungsentwurfes § 7 und § 16 Abs. 3 muß unbedingt gefordert werden. Werden sie beibehalten, so bedeutet das Gesetz für das ganze Reich keinen Gewinn sondern einen schweren Schaden. Der Reichstag darf nicht durch Ausnahmsbestimmungen gegen die fremdsprachige Bevölkerung hinderlich die Freiheitsgarantien der preussischen Verfassung zurückgeben, er darf das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht antasten, er darf auch nicht die Reichsliste der Landarbeiter durch seinen Beschluß befähigen. Das ist das erste, was von ihm gefordert werden muß.

Nach § 4 des Regierungsentwurfes bedürfen Versammlungen unter freiem Himmel, ebenso öffentliche Umzüge durchwegs der Genehmigung der Polizeibehörde. Die Genehmigung darf verweigert werden, wenn... Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu befürchten ist. Der Reichstagsentwurf von 1896 legt der behördlichen Befugnis viel enger Grenzen. Nach ihm unterliegen Versammlungen unter freiem Himmel, sofern sie in ungedeckten Räumen stattfinden, keinen weiteren Beschränkungen als die öffentlichen Versammlungen zu politischen Zwecken, die in geschlossenen Räumen abgehalten werden. (Zwifelhafte Anmeldefrist.) Versammlung im Freien ohne Umfriedung sind nach dem alten Kommissions-

entwurf des Reichstags nur einer 48stündigen Anmeldefrist unterworfen, sie unterliegen also auch nicht der Genehmigung durch die Polizei. Nur, wenn öffentliche Umzüge und Straßenparaden benutzt werden sollen, war die Genehmigung der Straßenpolizei erforderlich, die „nur aus Gründen des Verkehrsinteresses“ verweigert werden durfte.

Der Unterstich springt in die Augen. Nach dem Entwurf von 1896 waren Versammlungen in Wirtshausgärten, auf Wiesen, Mauplätzen, Brachen, soweit sie vom Eigentümer zur Verfügung gestellt wurden, ohne weiteres erlaubt. Der Regierungsentwurf liefert der Polizei die Handhabe, solche Versammlungen zu verbieten.

Nach § 10 des Entwurfes von 1896 waren Wahlvereine und Wahlversammlungen von allen Beschränkungen ausgenommen. Für sie galt nicht die Pflicht der Anmeldung, noch der Einreichung von Zeitungen. Eine ähnliche Bestimmung ist im Regierungsentwurf nicht zu finden.

Dafür fordert der Regierungsentwurf auch ein Verzeichnis der Mitglieder des Vereins vor und eine Anzeige jeder hierin eintretenden Änderungen binnen einer Woche. Die Unterlassung der Anzeige wird mit Geldstrafe bis 600 Mark oder entsprechender Haft bestraft. Eine solche unfürnime und schandliche Bestimmung enthält der Entwurf von 1906 nicht.

Der reaktionäre Charakter des Regierungsentwurfes tritt aber, von den vorerwähnten Bestimmungen des § 7 und § 16 Abs. 3 abgesehen, am schärfsten in § 9 Abs. 4 zutage, der von dem Ausfüllungsrecht der Polizei handelt. Da heißt es:

Die Beauftragten der Polizeibehörden sind befugt, ... von dem Leiter der Versammlung ... unter Angabe des Grundes die Auflösung der Versammlung zu verlangen, wenn Bedenken, deren Ausführungen den Tatbestand eines Verbrechens oder eines nicht nur aus dem Verbrechen als Werkstoff dienenden Vergehens enthalten, ... auf Aufforderung der Beauftragten der Polizeibehörde von dem Leiter oder Beauftragten der Versammlung das Wort nicht entgegen wird.

Durch diese ungeschweifte Bestimmung wird der Gendarm zum Herrn über die Versammlungsfreiheit der Staatsbürger im ganzen und über die Redefreiheit des Staatsbürgers im einzelnen gemacht. Der Gendarm als höchste gerichtliche Instanz erkennt sofort die Strafbarkeit einer vom Redner getanen Äußerung, er weiß sofort, ob die begangene Straftat „nicht nur auf Antrag zu verfolgen ist“. Im Bruchteil einer Sekunde löst er alle Fragen, über die sich sonst Gerichte und Staatsanwälte im monatelangen Verfahren den Kopf zerbrechen, und fordert sofort die Exekution seines Urteils. Damit wird das lächerliche und kaum mehr angewandte „objektive Verfahren“ des österreichischen Preßgesetzes als solches „Zugleichheitsan an den Liberalismus“ auf die deutsche Versammlungsfreiheit übertragen. Im Weltkrieg wurden früher alle Tage Zeitungen konfisziert, weil sie nach Ansicht der Behörde die furchtbaren Verbrechen (Schwertart, Majestätsbeleidigung, Aufreizung etc.) enthielten; aber gegen den Redakteur wurde gar keine „subjektive“ Verfolgung angestrengt, da

ja doch alle Welt über die juristischen Erfindungen der konfiszierenden Behörde einfach lachte, und weil sich nie ein Schwurgericht gefunden hätte, um den angebliehen Verbrecher schuldig zu sprechen. — Und jetzt soll im ganzen Deutschen Reich ein solches objektives Vergehen zur Konfiskation des Versammlungsbereichs eingeführt werden, und seine Ausübung wird Leuten anvertraut, deren Staatsachtelnde Ehre oft größer ist als ihre Auffassungsgabe und Geistesfreiheit.

Nicht genügt sondern verächtlich wird die gefällige Bestimmung dadurch, daß vor der Auflösung der Versammlung aufzufordern ist, dem vom Gendarmen als strafbar befundenen Redner das Wort zu entziehen. Das ist wieder offensichtlich, das preußisch, das ist einfach schändlich, und über einmal Gelegenheit gehabt hat, die geradezu aufpeitschende Wirkung zu beobachten, die solche Wortentziehungen auf jede Versammlung ausüben, der wird § 9 Abs. 4 des Regierungsentwurfes nicht mehr für eine staatsachtelnde Tat halten.

Auch in diesem Punkt ist der Regierungsentwurf viel reaktionärer als der Reichstagskommissionsentwurf von 1896. Dieser forderte ein solches objektives Vergehen, wenn der Vorliegende die Erörterung von Anträgen oder Vorlesungen ablehnt, die eine Aufforderung zu strafbaren Handlungen enthalten.

Der Reichstag wird also viel Arbeit haben, wenn er den Entwurf der Regierung so umgestalten will, daß sich seine Annahme nicht im Interesse der freibürgerlichen Staaten, der fremdsprachigen Arbeiter und der ländlichen arbeitenden Bevölkerung von vornherein verbietet, und auch sonst keine Verschlechterung gegen den bisherigen Zustand eintreten soll. Einstweilen aber erkräftigt die Kreuzzeitung, auf neuen Ausnahmestimmungen für die Zugewandten bestehen zu müssen, während auf der andern Seite veräußert, der Prellsinn sei nunmehr entschlossen, am Sprachverbot „das Gesetz nicht festsetzen zu lassen“, d. h. die Anhebung der niederrheinischen Staatsbürger mitzubefolgen. Die diesem begonnene Verhandlungen des Reichstags sind der Anfang von schweren Kämpfen, in denen der Sozialdemokrat allein die Aufgabe zufallen wird, die freibürgerlichen Grundrechte des Volkes zu verteidigen.

## Tagesgeschichte.

Halle a. S., den 10. Dezember.

### Der Reichstag

Beschäftigte sich am Montag mit jener Vorlage, die nach Wiltons Ergebnis besonders amtliche Wertmaß der Abkündigung von dem weiblichen, d. h. liberalen Teile der Paarungsgesetz tragen soll. Wilton war nicht erschienen, sondern überließ die Aufgabe dem Vizepräsidenten, der auf dem flüchtigen Tanzentworfene seines Schilfes Wehmann-Hollweg e. g. Herr v. Bethmann-Hollweg bezieht es, Kollagezeit in Wendungen zu lassen, die Worte in seiner allerhöchsten Geheimratsperiode unter Umständen auch mal hätte Lauden können. Fast noch mehr als Wilton ist Bethmann-Hollweg der Staats-

stand vorzuziehen; nur im äußersten Notfall dürfte man zu diesem verzweifelten Mittel greifen. Er „bekannte“ die schredlichen Ereignisse des gestrigen Tages. Er behauptet das Volk, gebildet zu werden und sich zu seinen meistein mitzubefolgen zu lassen. Daran schloß er die Mitteilung, daß beabsichtigte Streikwachen der Liga Los Muertos, Vordereisen und Diernans Rand abpatrouillierten. Es sei bekannt, daß der Vereinigte Staaten-Marschall erklärt habe, er sei nicht im Stande, dem Gerichtsbeschluss Geltung zu verschaffen. Ein weiteres Unterbrechen würde nicht stattfinden.

Es ist genug Blut vergossen worden? fuhr er fort, und ich möchte gleich jetzt meine unumgängliche Mitteilung mitteilen, daß sich die schredlichen Ereignisse von gestern noch hätten vermeiden lassen können. Ein Geniemann, den wir alle hochschätzen, der von Anfang an unter anerkannter Führung gewesen ist, betrauert in diesem Augenblick den Verlust eines hoffnungsvollen, vor seinen Augen zu Tode getretenen Sohnes. (Seit heute, das ich, wie wir alle, den Schmerz unter Vorzeichen auf tiefste mitempfinden. Ich behaupte den überergriffenen Vater von ganzer Seele. Mein Herz schilt mit ihm in dieser Stunde des Schmerzes. Wei alledem aber muß die Stellung der Liga scharf umgrenzt werden. Das sind wir uns, das sind wir den Bemerkungen dieses Countys schuldig. Die Liga beabsichtigt sich zu dem ausgetrockneten „Juwel“, den hinterher zu erhalten, nicht ihn zu brechen. Wir arbeiten, mit Rücksicht auf die Wassen geüben und leben Augenblick kampfbereiten Männern den Gegner bereitwillig einschleichen zu können, daß er jeden Versuch, uns von unsem Lande zu vertreiben, wenigstens so lange unterläßt, bis die vor das Oberbundesgericht gebracht Fälle entschieden waren. Sinnen wir gefahren dem in unfer Mitte erscheinenden Feinde schädlichen Gewinne entgegenzutreten können, so wäre die Anwendung von Gewalt von Seiten unferes Gegners kaum denkbar gewesen. Ein Kampf wäre vermeiden worden, und wir brauchen heut nicht den Tod von vier unferer Mitglieder zu beklagen. Man hat einen Fehler begangen, und wir, die Mitglieder der Liga, dürfen dafür nicht verantwortlich gemacht werden.

Der Redner setzte sich unter lauten Beifallsbezeugungen der Anwesenden, die dem letzten Teile der Rede unheimlich erregt waren, dem Saal zurück, um seinen Vortrag zu beenden. Ein andres Liga-Mitglied, ein großer, ungeheurer Mensch, halb Ranchmann, halb Berufspolitiker, trat an seine Stelle.

(Nachdruck verboten.)

## Der Octopus.

Eine Geschichte aus Kalifornien.  
Von Frank Morris.

So verging der Vormittag, während die stündlich anwachsende, sich in den Straßen hin und her schiebende Volksmenge die Hauptverkehrsadern der Stadt durchströmte; ununterbrochen stieg das eindringende, dumpfe Murren in die stille, heiße Luft empor.

Endlich gegen zwölf Uhr kam eine einseitliche Bewegung in die Volksmassen; sie schoben und drängten sich nach dem Opernhaus\*. Preslen, der seinen Platz im „Citt Liberty-Stuble“ eingenommen hatte, war mitten im Gedränge und wurde von dem Strome mit fortgerissen. Er war so hektisch, daß er die Menschenmenge, daß er keine an die Seiten ergreiften Arme nicht rühren konnte; für ungeschulte Hände war ihm fast die Wimper, und er konnte kaum atmen. Rinas um ihn her hoben und senkten die Böden auf Böden von Tausenden gedetzter, finstlicher und feindseliger Gesichter. Aus unerklärlichen Ursachen wolkten mächtige, ungestüm Wellen wie die vom Grunde des Meeres aufsteigende Flut über und durch die Menschenmassen. Von Zeit zu Zeit wurde Preslen emporgehoben und mit der Wenge weit, weit zurückgeschleudert, bis der Eingang des Opernhauses ein halbes Stadienviertel von ihm entfernt war, dann warf eine neue Flutwoge den Armen los. Zusammen wieder nach vorn bis dicht in die Vorhalle mit den in tolen Wirbel hinein. Hier waren die Wellen fürzer und sie folgten schneller aufeinander; der von allen Seiten auf seinen Körper ausgeübte furchtbare Druck nahm Preslen die Kraft, den sich ihm auf die Wangen drückenden Schrei auszuköhlen. Mit einem Male fielen die ganze Masse der sich im Gedränge schiebenden, stößenden und gegendenden Menschen mächtig anzuwühlen, sie zu heben und höher und immer höher bis ins Meeresniveau zu steigen. Wie von dem unwiderstehlichen Anprall einer Sturmflut wurde Preslen weit vordrängend geschleudert. Es folgte ein Augenblick, in dem Lau-

fende vor Anstrengung dunkelroter Gesichter mit weit aufgerissenen Mund und blutunterlaufenen Augen, unzählige gekaltete Hände sich in tolem Wirbel um ihn drehten, ein Augenblick des Andrängens, während Preslen, der sich in dem Gedränge geblühter Flügel, ein Augenblick furchtbar pressenden Druckes, in dem Preslen glaubte, daß seine Rippen brechen müßten wie dünne Pfeifenrohre, und schon wurde er, halb betäubt, atem- und hilflos — ein Atom auf dem Kamm einer sturmgepeinigten Woge — über die zum Opernhaus führenden Stufen in die Vorhalle gehoben und schließlich durch Wandbänke und Türen in den Zuschauerraum selbst gedrängt.

Im tolen Haß suchte man sich Erde zu sichern. Der Mittelgang verformend, stiegen die Männer über die Rücklehnen von einer Reihe Parterresitze zur andern und ließen dabei den Abdruck ihrer flaubigen Sohlen auf dem roten Teppich der Erde zurück. Im Augenblick war das ganze Haus von der Woge bis zur obersten Galerie dicht besetzt. Mittens und Seitengänge waren vollgepackt; sogar auf dem Bande der Bühne saßen Menschen, die einen schmatzen Saum zu beiden Seiten der Kampfenlichter bildeten.

Der Vorhang war aufgezogen, und die Bühne zeigte eine erst halb geheile Dekoration, eine Art Terralle, deren Fußböden mit schwarzblauer Seide bedeckt waren und schwarzen Stühlen besetzt waren, welche und gelbe Laternen schienen aus einem unheimlichen Vorhang zu wachsen. Eine lange Doppelreihe von Stühlen lag sich vor der einen Seite der Bühne bis zur andern. Der Tisch in der Mitte war mit einem roten Tuch bedeckt; ein Krug mit Wasser stand darauf; neben diesem lag der hölzerne Hammer des Vorstehenden.

Sehr bald wurden die Stühle von Mitaldebern der Liga eingenommen. Die Versammlung brach in laute Brüllrufe aus, wenn immer bekannte Persönlichkeiten erschienen — Garnett von der Ruby-Ranch, Gehlings von San Pablo, Keat von der seinen Namen tragenden Ranch, Chatters von Bonanza, allfällige Männer, bärte, besonnen, weisheit. Garnett eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, in der er kurz und bündig sagte, was geschehen war. Dann teilte er seinen Zuhörern mit, daß seine Angekl. von Verbrechen gefaßt worden sollte, und stellte der Versammlung den nächsten Redner vor.

Der hat um Maßigung. Er wäre konfessionär. Von Anfang an hätte er den Gehobten an einen bewaffneten Wädel-

\*) Der Livery-stable = Leihstall vermietet Pferde und nimmt solche auch in Futter und Allog.





und plünderten andere Gebäude des Ortes. Der Direktor des Ortes in Sophienville, Reed, wurde erschlagen. Ein anderer Einwohner der Stadt, der sich zur Wehr setzte, wurde erschossen. Mehrere Einwohner wurden schwer misshandelt.

## Bur Revolution in England.

**Agrarunruhen.** Die Brandstiftungen auf den Herengütern, die während des letzten Jahres niemals ganz aufhörten, haben in letzter Zeit wiederum einen höchst epidemischen Charakter angenommen. Im Kreis Maloradange (Gouv. Creil) sind Hunderte von Gutsgütern eingekassiert. Die Gutsherren flüchten in panischer Furcht in die Städte. Im Kreis Solesmes (Gouv. L'Eschignon) fanden neulich Brandstiftungen statt: auf den Gütern der Fürstin Lieven, der Baroness v. Meyendorff, des Fürsten Kotschubin, im Kreis Sopotop — beim Fürsten Wolligun usw.; im Kreis Gratrovor — auf dem Gute der Gräfin Jusupoff, im Gouv. Woroneß haben die Brandstiftungen mit Macht wieder eingesetzt. Technisches wird aus dem Gouv. Samara und Kuzneß gemeldet.

## Parteinachrichten.

**Gemeindevorarbeiten.** In Pölig (Pommern) wurden bei der Stadterneuerung vom 5. Dezember zwei Sozialdemokraten gewählt. Es sind die ersten, die ins Stadtparlament eingehen. Im Gebiet von Pölig sind die Sozialdemokraten dem Zentrum der Gegner unterlegen, die sich zum unterirdischen Kampfbündel vereinigt hatten, nachdem die Sozialdemokratie bei früheren Wahlen drei Vertreter ins Stadtparlament entsandt hatte.

**Eine impotente Wahlrechtsdemonstration** fand Sonntag in Chemnitz statt. Nach Schluß einer von unserer Partei veranstalteten Protestversammlung gegen die neue Wahlrechtsvorlage zogen Tausende von Personen durch die Straßen. Die Demonstration dauerte mehrere Stunden; alsdann wurden die Demonstranten von der Polizei gestreut.

## Gewerkschaftliches.

**Lohnbewegungen und Streiks.** Ein großer Streik droht in der erzgebirgischen Warenindustrie. Die Tausende von Arbeitern umfaßt, auszubringen. Bei vier großen Firmen in Gornsdorf reichen fällige Arbeiter die Kündigung ein. Da die Fabrikanten Lohnveränderungen beabsichtigen, ist es wahrscheinlich, daß auch die Arbeiter in anderen Orten sich sofort barisch erklären. — In Elbing sind die Sozialdemokraten den Sozialisten gegenüber im Wettstreit mit jetzt nach einer Dauer von drei Monaten beendet worden. Die Forderungen der Arbeiter wurden bewilligt.

## Ausland.

**Rußland.** Aus der Petersburger Arbeiterbewegung. Die Streikbewegung in Petersburg ist während der letzten Wochen im Junesinn begriffen, insbesondere in vielen Handwerksberufen — bei den Schuhmachern, Schneidern, Strumpfwirfern, Wädhern usw. Unbeterleß findet auf den Metallfabriken Einschränkung der Produktion statt, was vielerorts Massenentlassungen der Arbeiter im Gefolge hat. Auch auf den Textilfabriken finden Massenentlassungen statt, obwohl die Produktion in vollem Gange ist. Hier erklärt es sich dadurch, daß die Fabrikanten vielerorts neue Maschinen aufstellen und immer häufiger Kinder und Frauen zur Arbeit heranziehen.

In den Gewerkschaften macht sich in letzter Zeit eine Regierbarkeit bemerkbar. In den Filialen des Metallarbeiterverbandes mußten wegen enormer Zunahme der Arbeit besetzte Sekretäre angestellt werden. Eine Delegiertenversammlung der bedeutendsten Petersburger Gewerkschaften nahm dieser Lage Stellung zur Frage der systematischen Untersuchung der Arbeitsbedingungen in verschiedenen Gewerbebezügen, zu welchem Zweck eine beständige Enquete-Kommission gewählt wurde.

**Indien.** Der jüngste Eisenbahnerstreik hat gezeigt, daß auch die von englischen und amerikanischen Arbeitern so tief verachteten Hindus bereit sind, der kapitalistischen Ausbeutung Widerstand zu leisten, wenn sie von zielbewußten Arbeitern dazu angeleitet werden. In Südafrika, in Kanada, in Australien und zum Teil in den Nordweststaaten von Amerika sind die Hindus gleich den Chinesen, oder noch mehr als diese, der Schreden der weißen Arbeiter und werden wie die Pest gemieden. In Indien selbst sind sie der Ausbeutung schonungslos preisgegeben. Bei erbärmlichen Löhnen und langer Arbeitszeit mußten Hindus an der 2165 Meilen (englischen) langen ostindischen Eisenbahn tätig sein nicht nur als Frachtarbeiter, Streckenarbeiter und Bergleichen, sondern auch als Betriebskräfte. Nur für die höheren Stellungen und als Maschinenführer waren Europäer angestellt. Diese legten zuerst die Arbeit nieder, da auch sie sehr schlecht bezahlt wurden. Dann folgten die eingeborenen Betriebsbeamten und zuletzt die Klasse der unteren Arbeiter. Die Eisenbahn mußte tagelang ihren Betrieb einstellen; dann kam ein magerer Vergleich zustande. Bei der chronischen Hungersnot

in Indien gatten die Streckenden einen Höheren Stand. Der Führer, ein Europäer, wurde von der Direktion entlassen, obgleich sie verlangte, daß gerade er wieder eingestellt werden müßte. Und als sie dennoch ohne ihn zur Arbeit zurückkehrte, verließen sie ihn nicht, sondern fanden Gatt für ihn und seine Familie. Es steht ein Organisations der Eisenbahnangelegenheiten in Indien, die Amalgamated Society of Railway Servants of India, die in den Streit vermittelnd eingriff und die Beendigung herbeiführte.

## Stadterordneten-Sitzung.

Montag, den 9. Dezember, nachmittags 4 Uhr.

Vorleser: C. E. D. n. e. r.

**Eingänge:** Direktor Schöten von der städtischen Realsschule beantragt eine Entschädigung für Entlassung der früheren freien Dienstwohnung. Die Entschädigung von 1000 Mk., die er bisher erhielt, ist durchwegs unzulänglich, denn er habe unter dem Preise von 1650 Mk. für seine letzte Kammer seit Herbst 1904 keine passende Wohnung gefunden. Das Kollegium möge die Wünsche des Rentiers wohlwollend prüfen, die Höchstentgelt von 2000 Mk. zu zahlen und fällig die Entschädigung auf mindestens 1600 Mk. festsetzen. Die Eingabe geht an den Petitionsausschuß. — Eine Petition des vierten Kommunalen Vereins, betreffend Erwidung einer Bedürfnisanstalt am Parkbade, Verdringung der Volkshochschule am Leipziger Platz, um eine gute Ansicht nach der Brunnengasse zu ermöglichen, und Aufhebung des Beschlusses in der Sitzung von der Hauptstraße, wird dem Bauausschuß überwiesen. — Der Verein selbständiger Gärtner petitioniert um Befreiung der gärtnerisch bewirtschafteten Grundstücke von der geplanten Vermögenssteuer, da die selbständigen Gärtner unter der Konkurrenz von Viehhof und den umliegenden Städten schwer zu leben hätten. Die Petition wird dem Referenten für die Vermögenssteuer, Jungferntal, überwiehen. — Eine Druckereigekasse der Fabrikator Zentral-Wagenfabrik (Gießerei) wird auf zwei Monate zurückgelegt. — Ein Antrag der Stadtv. v. Blume und Genossen betreffend die Pflichten des Geschäftsführers Gaswerkes, soll nach Beendigung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung beraten werden. — Der Antrag Thiele und Genossen, den in Stundenlohn stehenden städtischen Arbeitern die in der Woche fallenden Feiertage nach dem durchschnittlichen Tagesverdienste zu bezahlen, soll über 8 Tage beraten werden.

**Die Rechnungen der Desinfektionsanstalt für 1905** (Nachbewilligung 22,56 Mk.) und der Stadtv. Schmidt-Sitzung (Rückzahlung für 1905 (Nachbewilligung 47,63 Mk.) werden debattelos genehmigt.

**Der Vermietung einer Wohnung im Grundstück Friederstraße 17** Zimmer, Badeeinrichtung und Küche nebst Zubehör — 1000 Mk.) und eines Ladens im Grundstück Ulrichstr. 8 — 2000 Mk.) wird beschlussen.

**Der Aufhebung der für die Ost- und Nordseite der Leipziger Straße zwischen Kröllwitzer Brücke und Lettinstraße vorgesehenen Vorgärten** wird zugestimmt.

**Genehmigt** wird der Landeswerb von den Grundstücken Nikolaitz 1 und Kleinmiedchen 5 im Einzeignungsverfahren. Besagtes dem Landeswerb von Grundstück Raubachstraße 6, wenn der Eigentümer, der 200 Mk. pro Quadratmeter fordert, nicht mit 100 Mk. zufrieden ist.

**Für das Gut Guntz** werden 1940 Mk. verlangt zur Herstellung einer Pumpe, einer Wasserleitung nach dem Stalle, mehrerer Türen und Fenster, sowie des Gemäckskaufes. So weit der frühere Pächter Rohner verpflichtet ist, soll er zur Erhaltung der Stellen herangezogen werden.

**Die Interpellation über das Viehhofarbeiter Gaswerk** wird erst im nächsten Berathen und über acht Tage beantwortet werden.

**Stadtv. Thiele erinnert** daran, daß über acht Tage auch der Verwaltungsbericht des Magistrats fällig ist. Voransichtlich werde der Bericht aber auch da noch nicht fertig sein, denn er sei einem nicht leitungsfähigen Drucker übergeben worden.

**Der erste Bürgermeister entgegnete**, nach dem Geleß sei der Bericht erst vor dem Haushalt, also vor Januar, vorzulegen. Fener Drucker habe die günstigen Bedingungen gestellt und es sei doch auch angebracht, daß der Magistrat auch keine Drucker beschuldigt.

**In der öffentlichen Sitzung** wurden Eingwendungen gegen die endgültige Anstellung des Politischen S. Weisenberger nicht erhoben. Schluß 1/6 Uhr.

## Aus den Gemeinden.

**Schöten.** Stadterordnetenversammlung vom 25. Nov. Zunächst wurde vom Stenographenprotokoll und von der Besichtigung des zum Magistratskollektor gewählten Herrn Just Kenntnis genommen. Nachdem fand die Wanderschaftslegung der Stadt und Bahnhofsfrage vorzunehmen. Die Besichtigung gibt bekannt, daß der Magistrat die von Herrn Krohne angeführten Gründe als gerecht anerkennt. Ein Kommissions, welche Herrn Krohne bewegen sollte, sein Mandat wieder anzunehmen, scheint demnach erfolglos gewesen zu sein. Es wurde beschließen, eine Anstellung der städtischen Zeitung zwischen der Stadt und Bahnhofsfrage vorzunehmen. Die Kosten hierfür in Höhe von 281,80 Mark wurden bewilligt. Die Stadterordneten protestieren gegen ein Schreiben der Bahndirektion, in welchem angekündigt wird, die Heberhebung des Peroniennummers am hiesigen Bahnhof, wegen Gebmangels, erst 1906 auszuführen. Dieser Vorbehalt der Bahndirektion mit allen ihm zugehörigen stehenden Mitteln gegen eine vom Seiten der Eisenbahndirektion geplanten Beschäftigung des Bahnhofs-

ganges im Zuge der Bahnhofsfrage vorzunehmen. Die Bahndirektion wird einberufen, um die Angelegenheit zu beraten. Die Stadterordneten haben sich zu keiner Verständigung. Ausdrücklich bezieht sich die Eisenbahndirektion mit dem Projekt, an der Bahnhofsstraße entlang eine Straße anzulegen und den Bahnhofsverkehr weiter hinauszulegen, was für die Interessenten von Nachteil wäre. Sollte dieses Projekt zur Durchführung gelangen, so erklärte der Magistrat, werde er die Kosten zu dem fraglichen Straßenbau nicht bewilligen. Der Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Entscheidung die Wasserlieferung unserer Stadt. Von der geologischen Landesanstalt ist das Schöten-Gebäude untersucht worden. Das Resultat ist nicht allzu günstig zu nennen. Nach demselben erscheint es ausgeschlossen, ein Wasserwerk auf den höchsten Stellen, welche circa 40 Meter höher liegen, als die Elster, zu errichten, da voraussichtlich Wasserleitern eintreten würde. Das Resultat der Stadt, an diesen Stellen Wasserleitungen zu machen, ist wegen der hohen Kosten zu groß. Ein weiteres Grundstück gibt dahin, die Wasserleitung an die Elster vorzunehmen und zur Wasserlieferung das Grundwasser der Elster zu benutzen. Die Wasserleitung würden höchsten 6-5 Meter beanspruchen. Der Magistrat fordert, dem letzten Projekt prinzipiell und definitiv die Zustimmung zu geben, um so schnell wie möglich mit der Ausführung beginnen zu können. Der Referent ist nicht allzu günstig zu nennen, prinzipiell und nicht definitiv zugestimmt. Würde die Zustimmung definitiv gegeben, so könnte der Fall eintreten, daß Schöten ein ungewohnt teures Wasserwerk bekommen könnte. Die Abstimmung ergab jedoch die Annahme der Magistratsvorlage gegen zwei Stimmen. (27. 11.)

**Salzschmelze.** In der Gemeindevollversammlung am 4. Dezember wurde die Wahlrechtsfrage nochmals verhandelt. Beschlossen wurde, den P. Rohler zu eruchen, besser für seine Familie zu sorgen, andernfalls das Gesetz zur Anwendung gelangt. Der Bau eines neuen Gymnasiums wurde beschließen. Den Bählern bei der Viehhofung wurden zwei Mark Entschädigung bewilligt. (7. 12.) F. Sch.

## Aus dem Reiche.

**Mannheim.** Auch ein Hausfriedensbruch. Sieben Arbeiter, die mangels Obdach in den kalten Novembernächten in einer der Wirtin Wöhl in Mannheim gebliebenen Scheune nachts, wurden vom Mannheimer Schöffengericht, das darin „Hausfriedensbruch“ erblidete, zu Gefängnisstrafen (nicht Zahl) von 6-7 Tagen verurteilt. Es mußte diese Strafe indes als verhältnismäßig gering angesehen werden, da die Arbeiter in Unterdrückung waren. In der Untersuchung wurde wegen Obdachlosigkeit Es wäre zum Schaden, wenn die Gehilfen nicht von so erschütternder Tragik wäre!

**Geiselberg.** Ein nobler Rusenjohn präsentierte sich dieser Tage dem Schöffengericht in dem Studenten Kiel, der als Zeuge gegen ein armes Mädchen auftrat, das er selbst in ein nächtliches Wirtshaus in einem kleinen, bescheidenen Hause gebracht hatte. Das Mädchen wurde freigesprochen, und das Gericht legte dem Patron die Kosten des Verfahrens auf. Offenlich ist das nicht die einzige Signe.

## Abrechnung des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis.

Monat November 1907.

Einnahme:	
Bekand	611,50 Mk.
Für Parteiverträge eingez.	11,30 „ S.
Für Kalender eingez.	88,82 „ S.
2098 Beiträge à 25 Pfg.	748,25 „
548 Beiträge à 30 Pfg.	164,40 „
74 Neuaufnahmen à 15 Pfg.	11,10 „
Eintrittsgeld bei Versammlungen	158,90 „
3 Ertragsüberschüsse à 10 Pfg.	— 30 „
<b>Summa</b>	<b>1794,67 Mk.</b>
Ausgabe:	
Für Stadterordnet.-Wahllogation	421,90 Mk.
Druckkosten	501 „
Interate	33,10 „
Einsammeln der Beiträge	49,25 „
Entschädigung f. Bahnfahrten	13,30 „
Delegation und Jahrgeld zum Breitenstag	42 „
Reinigung des Bureau's	29,70 „
Entschädigung d. Sitzungen	158,30 „
Kassareise zusammen	29,75 „
Unterhaltungen	6 „
Portis	6,15 „
Wahlkreisprozeß	181,43 „
<b>Summa</b>	<b>1475,58 „</b>
<b>Einnahme</b>	<b>1794,67 Mk.</b>
<b>Ausgabe</b>	<b>1475,58 Mk.</b>
<b>Bekand</b>	<b>552,29 Mk.</b>

Residiert und für richtig befunden:  
Halle a. S., den 6. Dezember 1907.  
A. Jähnia, R. Hanke, W. Schneider.  
Verantwortlicher Redakteur: Walter Kopsch in Halle.  
Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

# Wo kauft man am besten?

## Im Weihnachts-Ausverkauf

# der Firma H. L. L. K. A. n.

Leipzigerstr. 87, Ecke Brauhausstr.

Der beste Beweis hierfür ist täglich der grosse Andrang von Käufern!

Wir bitten deshalb möglichst die **Vormittagsstunden** zu Ihren Einkäufen zu benutzen.

In der Abteilung **Spielwaren** finden Sie in diesem Jahre eine solche Auswahl und so billige Preise, dass Sie darüber staunen werden.

Besonders empfehlenswerte **Weihnachts-Geschenke:**

Weihnachts-Kleider	210 an	Hauschürzen	von 45 Pf. an	Damenhemden, Beinkleider u. Nachtsackchen	v. 90 Pf. an
à 6 Meter		Tändelschürzen	von 18 Pf. an	Damen-Korsetts	von 68 Pf. an
Damen-Schirme	von 1,95 an	Handarbeiten:		Tuch-Unterröcke	von 1,75 an
Herren-Schirme	von 2,25 an	Ueberhandtücher, Bürstentaschen, Bettaschen, Tablettdecken usw.,	vorgezeichnet und gestickt in jeder Preislage.	Barchent-Unterröcke	von 90 Pf. an
				Pelz-Boas	von 92 Pf. an
				Bettbezüge	mit 2 Kissen von 3,50 an



# A. Schäfer, Uhrmacher,

## 92 untere Leipzigerstr. 92.

**Herren-Uhren** in Nickel 5-13 Mk.  
 in Silber 10-80 Mk.  
 in Gold 50-300 Mk.  
**Damen-Uhren** in Gold und Silber 9-120 Mk.  
**Herren-Ketten** in Nickel 0,25-3 Mk.  
 vergoldet 1,25-3 Mk.  
 in elektr. platt. 3-4,50 Mk.  
 in Goldnoble 2,80-11 Mk.  
 in Goldcharn. 7-15 Mk.  
 in 14-kar. Gold a. Silber 13-25 Mk.  
 in 14-kar. Charner 20-35 Mk.  
 massiv 8- und 14-kar.  
**Ohrhinge** von 0,90-17 Mk.  
**Ringe** von 1,50-75 Mk.  
**Broschen** von 0,45-30 Mk.  
 Colliers, Medaillons, Anhänger etc., reizende Neuheiten.

**Damen-Ketten**, neue Muster, in Talmi 2-4 Mk.  
 in elektr. platt. 3-6 Mk.  
 in Goldnoble 7-14 Mk.  
 in Goldcharn. 8-16 Mk.  
 massiv 8- und 14-kar.  
**Trauringe** in Goldnoble a Stück 1 Mk.  
 in Charn. a Stück 2 Mk.  
 in 14-kar. Charn. a Stück 3 Mk.  
 in 8 Kar. 6 mm 6 Mk.  
 in 8 Kar. 7 mm a Stück 7,50 Mk.  
 in 8 Kar. 8 mm a Stück 9 Mk.  
 in 8 Kar. 6 mm a Stück 12 Mk.  
 in 14 Kar. 7 mm a Stück 13,50 Mk.  
 in 14 Kar. 8 mm a Stück 15 Mk.  
 in 14 Kar. 7 mm a Stück 20 Mk., extrastark  
 in 18 Kar., 750 gest., a Stück 25 Mk.  
 in Feingold, 1000 gest., a Stück 30 Mk.



Rabattmarken.

Nicht streng moderne Gegenstände verkaufe zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Rabattmarken.

## Sozialdem. Verein für Halle u. d. Saalkr.

Donnerstag den 12. Dezember abends 8 1/2 Uhr im Volkspark

### Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung vom Preussentag. Referent: Gen. A. Thiels.
2. Die Ausbeutung des Volkes durch die Bodenrente.
3. Verschiedenes.

Die Mitglieder werden ersucht, in Anbetracht der Tagesordnung zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

## Allgemeiner Konsumverein Halle a. S.

E. G. m. b. H.

Neu! **Kala-** Neu!  
**Kern-Seife im Karton à 25 Pf.**  
 ist das bevorzugte Waschmittel jeder Hausfrau!

Ferner wird als besonders preiswert und vorteilhaft empfohlen:

**Salmiak-Terpentin-Seifepulver**

(Marke „Platte“)

in 1/2 Pfd. - Paketen à 20 Pfennig.

Zu haben in allen Filialen!

## Dresdner Felsenkeller-Biere

behaupten ihren seit über einem halben Jahrhundert erworbenen

**guten Ruf!**

Spazierstöcke.

## Franz Rickelt,

Schirm-Fabrik.

Nur eigenes Fabrikat.  
 Auswahl im modernsten  
 Geschmack.  
 Preise ohne Konkurrenz.  
 Kleinschmieden 2.

## Rosinen!!

hochfeine Ware 1 Pfd. 35 Pf.

sowie sämtliche **Backwaren**  
 zu den billigsten Preisen empfiehlt

## A. Trautwein,

Gr. Ulrichstrasse 31.

Mitglied des Rabatt-Sparvereins.

## Baum-Konfekt

Pfund 1 Mark.

Nur aussergewöhnlich. Baumchanga.

Johns. Wilhelms Konditorei.

Leipzigerstrasse 59.

## Feinste Zitronen und Apfelsinen

für Wiederverkäufer billigst bei

Bernh. Barth.

## Nach getaner Arbeit ist gut Ruhen



in dem als Stuhl, Armstuhl und Ruhebett verwendbaren mehrfach verstellbaren **Klappstuhl „Solid“**.  
 Preise je nach Bezugsstoff 14.-, 17.-, 18.50, 25.50, 30.-  
 Klappstuhl „Durabel“ 8 u. 11 Mk. Triumphstühle v. 2.40 an.  
**C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90.**  
 5 Prozent Rabatt in Marken des Rabatt-Spar-Vereins.

## Gebr. Kroppenstädt,

Gr. Märkerstrasse 4,  
 liefern für die Arbeiter-  
 Rundschau

### gute solide Möbel:

- 1 ff. gemalt. Söhrant 39.- 27.
- 1 ff. Vertikal 45.-
- 1 Waschtisch 14.-
- 4 Stühle 16.-
- 1 Spiegel im Söhrant 36.-
- 1 Söhrant 28.-
- 1 Söhrant 9.50
- 1 Söhrant 6.50
- 2 Vertikale 28.-

unter Garantie für Haltbarkeit.

## Jagdwesten, Strümpfe Normal-Unterzeuge, Kniwämer, Handschuhe, Tücher,

Wolle in jeder Preislage

empfiehlt in bekannter Güte

**Anna Seeliger,**

born N. Neberhausen,

Moritzwinger 3.

## H. Böhlerts Rossschlächtere

Glauchauerstrasse 75

dicht an der Glauchaer Kirche

empfiehlt diese Woche in bekannter Güte:

frische Fleisch- und Wurstwaren.

Tüchtige

Kupferschmiede u. Rohrleger

für die Montage der Wasserleitung

bei Gr. Rahna (Station Franz)

leben) sofort gesucht.

Die Montageleitung: R. Knaut.

## Schaukelpferde,

sowie allerlei Fülltiere als

Pferdchen, Ziegen,

Ochsen, Hunde,

verschiedene Gespanne als:

Roll-, Post- u. Sandwagen, Menagerien,

Narren und Fleischwagen

in solider Ausführung zu billigen Preisen.

## Paul Göldner, Sattlerei,

Leipzigerstrasse 67.



## Mütter, gebt Euren Kindern Lebertran-Emulsion.

Bestes Kräftigungs- und Nahrungsmittel für schwächliche Kinder. Flasche à 1 u. 2 Mk. Zu haben bei **Max Rädler**, nur Rauschstr. 2, bei

Bitte genau auf Firma zu achten!

## Geschäfts-Eröffnung.

Meinen lieben Freunden, Nachbarn und Bekannten teile ich erhaben mit, daß ich am heutigen Tage das

## Restaur. Zum Südviertel,

Pfännerhöhe 25, eröffnet habe. Indem ich um geneigten Zuspruch bitte, zeichnet

Geschäftsführer **Karl Walter u. Frau.**

## Uhren jeder Art bei bekannter Reellität.

**C. Frantz**

Burgstr. 60.

Räumfuhren nimmt an

R. Wehmann, Bernhardtstr. 9.

Zurückgekehrt vom Grabe

unterer ist früh im Alter von

sieben Jahren von uns ge-

schiedenen **Lodger Martha** sagen

wir allen Freunden und Be-

kannten für die großen Blumen-

spenden, Herrn Dr. Haupt für

seine reiflichen Bemühungen,

unser Martha am Leben zu er-

halten, den Trägern, welche sie

zur Ruhestätte geleiteten, den

Schulfreundinnen für den schönen

Franz und Herrn Pastor Preis

für ihre Worte unigen im letzten

Dank. — Ein Ruheamt, liebe

Martha, ruhen wir dir nach.

Teuchern, d. 9. Dezbr. 1906.

Die trauernden Eltern

Albin Preusse u. Frau nebst

Kindern und Grossmutter.

Freie

die A

und o

marke

Stemmt

In de

von A

lofigte

heute

mal i

höchste

beitsl

dehatt

lofigte

sind d

welche

zeit e

dientli



# 1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 289.

Jahrg. a. 3., Mittwoch den 11. Dezember 1907.

18. Jahrg.

## Halle und Saalkreis.

Salle a. S., 10. Dezember.

### Aus dem Stadtbürgermeisterrat.

Wiederum eine Sitzung ohne Tagesordnung. Die neun zur Verhandlung gelangenden Gegenstände waren ohne Debatte in einer halben Stunde erledigt; nur die außerhalb der Tagesordnung geforderte Bewilligung von 1940 Mark für bauliche Verschönerung auf dem Stadtplatz Gierich gab Anlaß zu einigen Bemerkungen des Stadtd. Neß über unzureichendes Verhalten des jetzigen Bäcklers gegenüber dem Stadtblödenern.

Ueber acht Tage wird die Sitzung nicht so mager ausfallen. Zunächst steht dann die Beschäftigung über die Gültigkeit der angekauften Stadtbürgermeisterratmandate, mit der sich diesen Freitag der Rechts- und Verwaltungsausschuß zu beschäftigen hat, auf der Tagesordnung. Dann wird eine gestern eingelegte Interpellation über das Viechsteinere Gaswerk — das alte Schmergenkind — beantwortet werden. Drittens gelangt ein gestern von den sozialdemokratischen Stadtbürgermeisterrat gestellter Antrag zur Verhandlung, nach welchem den in Stundenlohn tätigen städtischen Arbeitern für die auf Wochenlöhne fallenden Feiertage eine Entschädigung gewährt werden soll in Höhe des durchschnittlichen Tagesverdienstes. Da in mehreren hiesigen Werkstätten Wochenlöhne gezahlt werden, bei denen die Gegenmittel zur Einbindung der Arbeiter nicht vorhanden sind, andererseits Arbeiter davon ausgeschlossen werden, andererseits Arbeiter davon ausgeschlossen werden, wie sich die Mehrheit in ihrer schriftlichen Weisung festsetzt.

### Wo bleiben die Kommunalverwaltungen?

Wiederholt ist schon darauf hingewiesen worden, daß der heutige Winter voraussichtlich wieder eine erhebliche Arbeitslosigkeit bringen wird. Mit ihren Folgeerscheinungen wird sie namentlich größere Städte und Industriezentren um so stärker treffen, da die hohen Warenpreise den Lebensunterhalt sehr verteuern. Es hat sich nun während des letzten gewerblichen Niederganges gezeigt, daß die Kommunalverwaltungen von dem Zerbrechen einer größeren Arbeitslosigkeit völlig überfordert werden. Als damals in den Stadtbürgermeisterratverhandlungen die Interpellationen über die Notlage eines Teils der arbeitenden Bevölkerung verhandelt wurden, da konnte man weder den Umfang der Arbeitslosigkeit noch deren die Gegenmittel zur Einbindung der Arbeiter nicht vorhanden sind, andererseits Arbeiter davon ausgeschlossen werden, andererseits Arbeiter davon ausgeschlossen werden, wie sich die Mehrheit in ihrer schriftlichen Weisung festsetzt.

Man konnte wirklich hoffen, daß sich aus den ersten Berufen eine Lösung und Genesung herausbilden würde, wonach bei der Verteilung der öffentlichen Arbeiten auf die verschiedenen Jahreszeiten die jeweilige Lage des Arbeitsmarktes als bestimmender Faktor mit berücksichtigt würde. Aber es kam anders. Sobald die Arbeitslosigkeit nach den Jahren der Krise wieder auf das normale Maß zurückgegangen war, schielten auch die periodischen örtlichen Aufnahmen über die Bewegung der Arbeitslosen wieder ein, disponierte man bei der Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten, genau so wie früher. Dadurch kommt es nunmehr bei den meisten Kommunalverwaltungen dem diesmaligen Anfeigen der Arbeitslosenwelle genau so unvorhergesehen gegenüber wie im Jahre 1900.

Dies ist nicht nur aus sozialen Rücksichten zu bedauern, sondern vornehmlich auch vom finanziellen Interesse der Gemeinden aus. Denn steigt die Arbeitslosigkeit ohne jede Gegenmaßregel, so werden in entsprechendem Grade die Interferenzen aus der Gemeindekasse wachsen; der Etat der Armenkasse wird beträchtlich belastet. Die Interferenzen werden ohne jede Gegenleistung hinzugeben und sind auch für die Empfänger in der Form der Armenunterstützung feineswegs erwünscht. Disponiert man dagegen unter Berücksichtigung der Gestaltung des örtlichen und allgemeinen Arbeitsmarktes die Begebung öffentlicher Arbeiten, so kann man für einen Winter mit steigender Arbeitslosigkeit einen recht ansehnlichen Teil dieser Arbeiten in den Wintermonaten ausführen lassen, zieht es an Lohn für eine Leistung, was man sonst an Interferenzen zahlen müßte. Man kann einwenden, daß diese Winterarbeiten, wenn sie zur Einbindung einer Notlage ausgeführt werden, unter Umständen teurer zu stehen kommen als sonst. Das kann ohne weiteres zugegeben werden, aber immerhin bleibt es vorzuziehen, die Arbeiten etwas teurer auszuführen als bares Geld ohne Gegenleistung hinzugeben. Es ist auch richtig, daß trotz solcher Notstandsarbeiten die Armenkasse in Jahren großer Arbeitslosigkeit noch immer eine höhere Belastung erfahren wird als in anderen Jahren. Nichtsdestoweniger ist vom finanziellen und politischen Gesichtspunkt aus für jede Kommunalverwaltung die hier vorgeschlagene Art, die öffentlichen Arbeiten unter Berücksichtigung der jeweiligen Lage des Arbeitsmarktes auf die verschiedenen Jahreszeiten zu verteilen, die vorteilhafteste.

Freilich, um nach dieser Methode verfahren zu können, müssen die Kommunalverwaltungen bei ihren Dispositionen ständig und ohne Unterbrechung auf die Lage des örtlichen Arbeitsmarktes die nötige Rücksicht nehmen. Dazu ist aber die genaue Kenntnis über den jeweiligen Stand der Arbeitslosigkeit nötig. In den Jahren des Aufschwungs sind die wenigen Versuche von Kommunalverwaltungen, sich dauernd über die Arbeitslosigkeit auf dem Laufenden zu erhalten, verkommen, so daß heute von neuem angefangen werden muß. Möge man diesmal wenigstens nicht wieder so lange warten, bis die Not am höchsten ist, und dann jede Kontrolle über den Umfang der Arbeitslosigkeit periodisch aufheben, damit bei allen Notstandsdebatten eine anerkannte Basis über den Umfang der Arbeitslosigkeit gegeben ist. Nur bei einer solchen Grundlage aus welcher Mittel eine Kommune zur Einbindung der Arbeitslosigkeit einzugreifen hat, fruchtbringend zu erörtern und zweckdienlich zu beantworten.

### Eine Flucht in die Öffentlichkeit.

Ein unter dem Titel Hejzagd auf Menschen vor Jahren erschienene Brochüre, die sich mit der Behandlung Geschlechtskrankheiten in den Grenzländern beschäftigt, erinnert ein Gedächtnis, das sich im Laufe der vorigen Woche hier abspielte und in der Broschüre, sowie von Ärzten und Juristen viel besprochen wird. Die Frau eines früher hier tätig gewesenen Amtsgerichtsrats B. kündigte zum 28. November, wie wir seinerzeit im Volksblatt

mitteilten, unter dem Pseudonym „Anna Stuart“ einen Vortrag über den Zerweg der ärztlichen medizinischen Behandlung bei der Zeitkrankheit Neurasthenie und Neurotizität an. Dabei wollte die Frau, die behauptet, durch einen hiesigen Neurologen 50 Tage grundlos in der hiesigen Anstalt untergebracht worden zu sein, ihre persönlichen Erfahrungen als angelegte Gesellschaft öffentlich mitteilen. Daß die Unterbrechung der Versammlung mit den hohen Eintrittspreisen unserem Gesandnis nicht entsprach, haben wir seinerzeit mitgeteilt. Frau Stuart scheint etwas schwärmerisch-phantastisch-religiös veranlagt zu sein, macht aber den Eindruck einer normalen Person, die durch erlittenen Unrecht zur Reue geistig getrieben ist. Mehrere Leipziger Ärzte haben aber ihre geistige Intuitivität bestätigt. Der genannte Vortrag wurde zunächst polizeilich verboten, schließlich aber erlaubt, nachdem der Oberpolizeipolizei, wie die Frau in der Versammlung angab, ihr in einer Unterredung gesagt hätte: „Was wahr ist, dürfen Sie schon sagen.“ In dem Vortrage, in dem die glänzende Rednerin schwere Anschuldigungen gegen die Behandlung der Patienten in der Heilanstalt erhob, waren mit den Damen und Herren der beiden „Gesellschaft“ auch mehrere Ärzte erschienen. Während nun die Dame unter dem Beifall des Publikums ihren Hergen Luft machte, erhob sich ein Neurologe und sprach folgende Worte: „Wo ist hier die Polizei?“ Dem Störer rief man darauf das Wort „Unverschämtheit“. Der Arzt wollte es sogar dahin bringen, die Rednerin durch einen Majoritätsbeschluss an der Fortsetzung ihrer Ausführungen zu hindern. Er darf aber froh sein, daß er nicht zum Lokal hinausgewiesen worden ist. Die Versammlung ging glänzend zu Ende.

Nach seiner Verurteilung hat nun der Arzt versucht, die Ausführungen der Frau Stuart in mehreren Einfindungen zu entkräften. Und nicht bloß das. Der Herr schreibt nach Polizei und Staatsanwalt und verlangt den Verbot solcher „gemeingefährlicher“ Vorträge, die Mitbräuer gegen fürsorgliche Staats-Einrichtungen erregen. Andere Teilnehmer der Versammlung hielten sich aber in Zettlungsfindungen auf die Seite der Frau Stuart und erklärten, man sollte lieber gegen das Mitleiden des Arztes in der Versammlung die Polizei rufen. Die Rednerin habe in ihrem Vortrage die Schilderung der Zustände in der Heilanstalt nicht übertrieben und der Arzt sollte lieber zur Beseitigung der Uebelstände nach der Polizei gehen. Die verfolgte Frau entgegnete schließlich öffentlich, daß der Arzt mit seinem Ruf nach Polizei und Gericht, der Klinik ihrer keinen Gefallen tue; sie als Frau eines Juristen wisse schon, was sie zu tun habe. Öffentlich ist das angelegte Verfahren keine leere Drohung und sie würde sich freuen, an Gerichtsstelle den Wahrheitsbeweis für ihre Behauptungen erbringen zu dürfen. Dem Eriten Staatsanwalt habe sie die Sache bereits unterbreitet. Nach Meldungen der bürgerlichen Blätter hat der Kurator der hiesigen Universität gegen Frau Stuart Strafverfolgung wegen Verleumdung und Behauptung unwahrer Tatsachen bei der Staatsanwaltschaft gestellt. Wie nun diese Behörden die Sache, die im öffentlichen Interesse unbedingt zur Klärung bedarf, anstellen wird, darauf darf man gespannt sein.

### Und doch war's alle!

Der neue Konsumverein, der vor mehreren Jahren gegründet wurde, um dem Allgemeinen Konsumverein Abbruch zu tun, hat nun doch den Bankrott anmelden müssen. Als wir das vor zwei Wochen voraussagten, gab sich der Gen.-Anz. dazu her, den der Lage gehen zu wollen und bei den Mitgliedern und deren Frauen tüchtigere Hoffnungen zu wecken. Die Abschlußbilanz ist eine geradezu verwerflich traurige. In der Generalversammlung am Sonntag mußte die Verwaltung zugeben, daß sie bisher noch keine Maßnahmen vorgenommen hat, um möglichst hohe Dividenden bezahlen zu können. Das würde direkt strafbar gewesen sein und außerdem gewisslos gegenüber den Mitgliedern. Die Vermögenssituation läßt mit nur 19 007 M. ab, worunter sich auch noch 4000 Mark für Inventar und 10 236 Mark an Warenbestand befinden. Der Vorstand hat glücklicherweise einen „Leberküch“ von 18 Mark ausgetrennt. Die Forderungen der Lieferanten betragen 800 Mark mehr als der gesamte Warenbestand. Es bedarf nicht nur die zu hoch in Werte eingestuft worden ist, wird sich finden. Im letzten Jahre haben die Inhaber 1300 Mark mehr getragen als der ganze Gewinn, und da keine Abschreibungen vorgenommen worden sind, ist das Defizit noch größer. Man rechnet denn auch schon mit den 2400 Mark, die von den Mitgliedern noch auf die Anteile zu zahlen sind und die von den schwer Gefährdeten nun eingefordert werden müssen. Doch damit ist das zu erwartende Defizit bei weitem noch nicht zu decken. Die Mitglieder werden voransichtlich in der vollen Höhe der gestellten Haftbarkeit herangezogen werden müssen.

In der Versammlung wurden die befristeten Verordnungen und Anträge gegen die Herren Stahlmann und seine Freunde laut, die den Verein an der Nase herumgeführt hätten, und an kräftigen Schimpfworten fehlte es nicht. Die Forderung der ganzen Verwaltung wurde beschloffen und eine neue Verwaltung gewählt. Am die Verwaltung einer der Neugewählten lebten aber alle die Überlebener der Posten ab, damit die alte Verwaltung die eingehobene Summe auch selbst ausstößt. Schließlich wurde die Anmeldung des gerichtlichen Kuraturs gefordert.

So hat der Verein nicht durch die Uebermacht feindlicher Gewalt ein klägliches Ende genommen, was am Ende auch einer gutgeleiteten Genossenschaft passieren kann, sondern der neue Konsumverein ist zugrunde gegangen an der Unfähigkeit und Unaufrichtigkeit seiner Gründer. Vielmehr als gegen den nunmehr verkrachten neuen Konsumverein haben die Feinde der Arbeitergenossenschaften ihre Waffen gegen den Allgemeinen Konsumverein geschwungen. Doch dieser steht trotz aller ihm gescheiterten bereiteten Schwierigkeiten heute noch fester und gesicherter da als vor Jahren, und jedes Mitglied darf das volle Vertrauen zur Verwaltung haben, daß sie sich ihrer Verantwortung bewußt ist.

Mögen aber auch alle Arbeiter und Arbeiterinnen erkennen, wie notwendig in dieser Zeit allgemeiner Verunsicherung der genossenschaftliche Zusammenhalt ist. Durch Bestimmungen darf sich niemand abhalten lassen, fest zur Sache zu halten. Durch Konsumvereine kann die soziale Frage nicht gelöst werden; aber die genossenschaftliche Selbsthilfe der Arbeiter ist trotzdem eine wertvolle Schutzwaffe im proletarischen Befreiungskampfe.

### Der Klapperfroh als Netter.

Eine hübsche Anklage hatte man einem hiesigen Familienvater zurecht gemacht, der gestern vor dem Schöffengericht beschuldigt wurde, seine Wohnung zum 1. Oktober nicht geräumt zu haben, damit der neue Mieter einziehen konnte. Der Angeklagte gab zu, am 1. Oktober die Wohnung nicht verlassen zu haben, er sei aber dazu gar nicht in der Lage gewesen, da am 28. September, also zwei Tage vor dem Umzuge, der Klapperfroh bei ihm eingezogen sei. Allerdings habe er dem neuen Mieter den größten Teil der Wohnung eingeräumt, und zwar schon vor dem 1. Oktober; seine Frau, die infolge der Kuflegung eine sehr schwere Entbindung durchgemacht habe, hätte er unter keinen Umständen am 1. Oktober aus der Wohnung fortjagen können. Erst komme die Erhaltung der Gesundheit und des Lebens seiner Frau und dann die Einhaltung des Umzugstermins. Die Polizei hatte für die Ueberrettung drei Mark verlangt. Der Ankläger meinte wieder einmal, die Sache liege „milde“ und wollte sich mit einem Reichsmark Strafe begnügen; das Gericht sprach dem Mann aber frei, da er in einem Hofstande gebandelt habe. — Ist die weise Polizei auf dem Klapperfrohgebiet so unerfahren, daß sie nicht weiß, welche Gefahren der Frau nach zwei tägiger Entbindung bevorstehen?

### Ausstellung von Jugendbüchern und Bilder-Bandschmuck.

Die lamphaugen Jugendbücher und Bilderbücher, die alljährlich auf den Weihnachtsmarkt gemessen und besonders in den Warenhäusern vertrieben werden, sind zum größten Teile literarisch und künstlerisch wertlos, oder im „Patriotismus“ und frömmelst getauchte Lendeliteratur. Kein denkbarer Arbeiter, der die hohe Bedeutung der Jugendliteratur für Kindergeist und Kinderergötzung erkannt hat, darf für solche ohne Nachwerke aus nur einen Fennig ausgehen. Der Zentralbildungsausschuß unserer Partei hat daher eine Sammlung empfehlenswerter Jugendbücher für alle Altersklassen und zu den verschiedensten Preisen zusammengestellt, die der Arbeiterschaft für ihre Kinder wirklich wertvolle Bücher nachweist. Das Verzeichnis wird in den nächsten Tagen im Volksblatt abgedruckt werden.

Um aber der Arbeiterschaft schon vorher ein Urteil über die empfohlenen Jugendbücher und Bilderbücher zu ermöglichen, veranstaltet der hiesige Bildungsausschuß eine Ausstellung von Sonntag, den 15. bis einschließlich Sonntag, den 22. Dezember in einem großen Zimmer des Volksparfs, das im zweiten Etage neben dem letzten Gallerie-Eingange gelegen ist. Der Bildungsausschuß ladet alle Genossen, Männer und Frauen, zur unentgeltlichen Besichtigung und Prüfung dieses Bücherkastens ein; ein jeder wird hier leicht das für seine Weihnachtsbesuche passende Buch finden. Besichtigungen werden von Beiratsmitgliedern des Bildungsausschusses in der Ausstellung selbst entgegengenommen und durch die Volksparfsverwaltung beauftragt. Die Ausstellung ist an den beiden Sonntagen in den nächsten Tagen, an den Wochenenden von 6-8 Uhr abends geöffnet.

Mit der Ausstellung von Jugendbüchern wird verbunden sein eine

### Ausstellung künstlerischer Wandbilde.

Diese Ausstellung soll den Zweck haben, mehr Kunst auch in das Arbeiterleben zu tragen. Die Aufgabe steht ja leider fest, daß der schmale Geldbeutel der Arbeiterfamilie zwingt, häuslicherisch bei der Anschaffung von Zimmerbilden umzugehen; und daher kommt es zumeist, daß wir in den Arbeiterwohnungen meistens so gefadendlos und wertlosen, ja geradezu widerwärtigen Bilderdruck finden. Hier helfend einzugreifen, hat sich der Bildungsausschuß entschlossen und zwar durch die Ausstellung künstlerischer Wandbilde. Diese Ausstellung ist eine größere Anzahl von Wandbildern der besten Maler umfassen, vor allen Dingen aus der Sammlung des Tierbundes, mit und ohne Rahmen, zu außerordentlich billigen Preisen. Auch für diese Bilder werden in der Ausstellung Beteiligungen angenommen.

Offenlich finden die beiden Ausstellungen bei den fortgeschrittenen Arbeitern und deren Frauen liebevolles Verständnis und regen Zutpruch.

### Der Sozialdemokratische Verein

hält diesen Donnerstag im Volkspark seine Mitgliederversammlung ab. Außer einem kurzen Bericht über den Preussentag wird die Aussetzung des Volkes durch die Bodenrente in einem vom Genossen Ad. H. i. e. zu erhaltenden Referate beleuchtet und dabei die Verzuamtschleifer sowie die Verwertung der Grundstücke nach dem gemeinen Wert erörtert werden.

Der rechte Fuß abgefahren. Zu der Notiz in Nr. 270 unseres Blattes wird uns zur Mitteilung folgendes mitgeteilt: Die Mitarbeiter des Bergbauwesens haben mit den ihnen zur Verfügung liegenden Mitteln sofort helfend eingegriffen. Die in Frage kommende Pflanzensammlung wurde sofort vom Zuge losgelassen und fuhr zum Bergmannstrolch. Mit zwei Wagnern und einer Tragbare fuhr man zur Angliffstelle zurück und verband den Rechten ordnungsgemäß. Mitarbeiter der Bergbauverwaltung erschienen. Nach diesen Mitteilungen scheint alles so fort alles zur Beseitigung gegeben zu sein. Injere erste Mitteilung entsprach demnach nicht den Tatsachen.

Mit der Bergbauverwaltung beschäftigt sich der Staatsanwaltschaft am Donnerstag nachmittag. Auch die Ungleichheiten in der Gehaltsverhältnisse einzelner Magistratssekretäre stehen wieder mit auf der Tagesordnung.

Ein Halberstadterheim für Kinder, nach Art der Waldeserholungsheim für Ermadene mit der Vaterländische Frauenverein gründen. Zu diesem Zwecke hat die Dölauer Gemeinde ein Stück Waldgelände auf vier Jahre kostenlos zur Verfügung gestellt. Dieses Kinderheim soll Platz für 25 fränkische Kinder enthalten, die Kinder selbst aber vom Frühjahr bis Herbst zur Kräftigung der Gesundheit in der Waldluft unter sachgemäßer Pflege dort untergebracht werden.

Diese gute Absicht in allen Ehren. Was nun ist aber den armen, so gefährlichen Kindern, wenn sie dann im Winterhalbjahr in Folge Nahrungsmangels oder Ueberarbeit wieder so geschwächt werden, daß ihnen eine Hilfe im nächsten Frühjahr schließlich gar nicht mehr nützt? Eine wertvolle Hilfe würde es nur sein, wenn unsere Werks- und Prozentarbeiten auf den ihnen aus dem Hungergebel erwachenden Notstand bezüchteten und ihren Nordpatriotismus so einschränken würden,

das seine Folgen: Vernehmung von Herr und Marine, nicht ...

Die festgeschriebene Bevölkerungsziffer von Halle ergab für Ende Oktober 197 294 Einwohner, und zwar 86 381 männliche, 90 728 weibliche. ...

Unter den 1443 Pflinglingen der hiesigen Krankenhäuser befinden sich 874 Dörfler. — Durch Neubau entstanden im Oktober zehn Wohngebäude mit 59 Wohnungen, die zusammen 226 bewohnbare Räume umfassen. ...

Einen misshandelten Selbstmordversuch beging der Refr. Nr. 30 getreten mittig dadurch, daß er blaue Lederhose trug. Nachdem ihm der Magen ausgepumpt war, wurde der Lebensmüde dem Aszarat zugeführt.

Verhaftet wurde ein Geschäftsführer, der in der Schloßstraße seines Wohnortes ein Versteck für die Häftlinge beschaffen wollte. Ein elfjähriger Knabe, das diesem Versteck zu veranlassen die Bekanntschaft des hiesigen Mannes.

Verurteilt im Unglück hatte der Geschäftsführer eines Brotgeschäftes der Poststraße Spatzen als Nistkasten. Das Unheil ereignete sich heute morgen auf der Magdeburgerstraße eines Weichens, wobei der Geschäftsführer von seinem Stuhl herab auf das Straßenpflaster gestürzt wurde. ...

Aus dem Bureau des Stadt-Theaters. Das neue Schauspiel 'Die Waise' von Maria von Georg Friedrich wird am Mittwoch zum letzten Male gegeben. ...

Aus dem Bureau des Wallraa-Theaters. Die Direktion teilt mit, daß es sich um die Theater 'Die Waise' und 'Die Waise' handelt. ...

Das Biophontheater. Der Direktor, Hr. Ulrich, 57, hat eine Neuerung eingeführt, die gewiss gerade beim arbeitenden Publikum Anklang finden wird. ...

Wanderzirkus und Eisenbahn. Der bekannte große Zirkus Sarraoui verläßt heute (Montag) auf der Durchreise nach Wien unsern Bahnhof. ...

Bauholz entwendet hat, wurde deshalb auf fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Ein Geschäftsführer, der einen Hund unglücklich jagte, ...

Aus dem Reiche.

Berlin. Ein schweres Verbrechen ist in der Sonntag-Nacht auf der Chaussee zwischen Berlin und Bernau verübt worden. ...

Rosburg. Ein Fabrikant als Mörder. In dem benachbarten Reichswalden hat der Fabrikant ...

Karlsruhe. Ein 175er griff man vorigen Donnerstag nachts 3 Uhr in einem Raum der städtischen ...

Wiesbaden. In Hirschbergung sind in Wäldchen 30 Personen erkrankt. Ein Bericht ist ...

Breslau. Eine von den Anarchisten in der ...

Breslau. Eisenbahnunfall. Der Sonntagabend 6 Uhr vom Hauptbahnhof abgehende ...

Breslau. Schneefälle in Schlesien. Während in Breslau am Sonnabend nachmittag ein ...

Breslau. Selbstmord durch Erhängen verübte der Oberleutnant ...

Sannover. Bauarbeiterstreik. Auf dem Neuen ...

Sozialdemokratischer Verein. Die Verammlung am ...

Gericht fand eine längere Auseinandersetzung über die vorzunehmende Naturalisation statt. ...

Am 1. Januar findet im ...

Die Bezirksverwaltung des dritten Bezirks (Mittenberg) vom Gau ...

Die Bezirksverwaltung des dritten Bezirks (Mittenberg) vom Gau ...

Die Bezirksverwaltung des dritten Bezirks (Mittenberg) vom Gau ...

Die Bezirksverwaltung des dritten Bezirks (Mittenberg) vom Gau ...

Die Bezirksverwaltung des dritten Bezirks (Mittenberg) vom Gau ...

Die Bezirksverwaltung des dritten Bezirks (Mittenberg) vom Gau ...

Die Bezirksverwaltung des dritten Bezirks (Mittenberg) vom Gau ...

Die Bezirksverwaltung des dritten Bezirks (Mittenberg) vom Gau ...

Die Bezirksverwaltung des dritten Bezirks (Mittenberg) vom Gau ...

Die Bezirksverwaltung des dritten Bezirks (Mittenberg) vom Gau ...

Die Bezirksverwaltung des dritten Bezirks (Mittenberg) vom Gau ...

Die Bezirksverwaltung des dritten Bezirks (Mittenberg) vom Gau ...

Die Bezirksverwaltung des dritten Bezirks (Mittenberg) vom Gau ...

Die Bezirksverwaltung des dritten Bezirks (Mittenberg) vom Gau ...

Die Bezirksverwaltung des dritten Bezirks (Mittenberg) vom Gau ...

Die Bezirksverwaltung des dritten Bezirks (Mittenberg) vom Gau ...

Die Bezirksverwaltung des dritten Bezirks (Mittenberg) vom Gau ...

Gerichtssaal. Schöffengericht.

Halle a. S., 9. Dezember 1907.

Ein Halle'sches Unikum. Der bekannte 59jährige Rogellager Wilhelm Kiesel, ein 7mal, allerdings meistens wegen Kleinigkeiten vorbestraft, Mann, bringt es trotz eines Alters von 59 Jahren immer noch fertig, im freien zu schlafen. ...

Vermischtes.

Opfer des Meeres. Drei französische Schiffe sind auf der Küste von ...

Selbstmord zweier Russen. Sonntagabend wurden in einem Zimmer eines ...

Selbstbehandlung der Indianer bei Rheumatismus. Mittelamerika, namentlich Nicaragua, ist bekanntlich sehr ungesund, ...

Briefkasten der Redaktion.

M. M. Grebbin. Ihre Erklärung ist mit einigen kleinen Änderungen verwendbar. ...

Die in Nr. 1. Die ...

Versammlungs-Anzeiger.

Zu vorliegender Nummer werden folgende Versammlungen bekannt gegeben:

Halle: Soab. Verein, Donnerstag, 12. Dezember. Weisenfels: Soab. Verein, Donnerstag, 12. Dezember. Raumburg: Soab. Verein, Mittwoch, 11. Dezember.

Telephonischer Spezialdienst des Volksblattes.

Triest, 10. Dezember. Der Redakteur des Anarchistenblattes ...

Nom, 10. Dezember. In Betreff der Nom drauzen Bauernunruhen aus 500 Bauern gegen aus einer Versammlung, in der sie gegen die Einführung einer neuen Steuer protestiert hatten, ...

Bremchen, 10. Dezember. Der Fischdampfer Arngard ist auf dem Baum geraten und verloren. Die Mannschaft konnte gerettet werden.

Bortmann, 10. Dezember. Auf der See Neu-Herzog wurden die ...

Wien, 10. Dezember. Deutschnationale Studenten der ...

Beslag, 10. Dezember. In der Stupfina stellte der Sozialist ...

Letzte Nachrichten.

Berlin, 10. Dezember. In Deutsch-Südwestafrika wurde nach amtlicher Meldung am 5. Dezember zwischen Arabern und ...

Wan der fürstliche Zeichnung ausgedrückt war ein junges ...

Versammlungsberichte.

Der Arbeiterverein Mühlenberg hielt am 30. November seine Versammlung ab, in welcher über das hier noch bestehende ...









# 2. Beilage zum Volksblatt.

## Deutscher Reichstag.

69. Sitzung. Montag, den 9. Dezember, nachmittags 1 Uhr.  
Im Bundesrat: Hr. v. Bethmann-Hollweg.  
Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des  
Reichsvereinsgesetzes.

Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg: Das vorliegende Gesetz erfüllt die Aufgabe des Reichslandesgesetzgebungsgesetzes. In dem Maße, als es für die Schaffung eines einheitlichen Reichs... (Text continues with details of the bill's purpose and the speaker's arguments regarding national unity and administrative efficiency.)

In vielen Bundesstaaten hat man eine Altersrenze für die Beteiligung am öffentlichen Leben festgelegt. Wir haben aber noch langen Erörterungen davon abgesehen, eine solche Altersrenze in Form der Altersrenze für den Ausbau der vielen jungen Leute, die Gott sei Dank nicht alle Sozialdemokraten sind, ein Recht nehmen, das sie schon besitzen. Von mancher Seite wurde gewünscht, die Bestimmung des Reichsvereinsgesetzes, welches Lehrlinge und Schüler ausbleibt, zu adaptieren. Der Begriff 'Lehrling' ist aber längst nicht mehr so weit, wie damals, als das Reichsvereinsgesetz entstand. Die Übernahme dieser Reichsvereinsbestimmung in das Reichsgesetz würde Schwierigkeiten und Unmöglichkeiten zur Folge haben. Die verschiedenen Regierungen erachten es daher für besser, davon abzuweichen und lieber in der eklektischen Autorität, in der Schul- und Beamtenbildung die Revisionen gegen den Mißbrauch der politischen Rechte der Jugendlichen zu tun.

Mitte.) Und weiter hat derselbe Herr bemerkt, ob es denn dem preussischen Regiment unmöglich sei, irgend einmal zum Volke Vertrauen zu fassen und dementsprechend seine Politik einzurichten.

Seine Herren, wenn Sie diese Vorlage als ein Ganzes nach der geschichtlichen Entwicklung des Vereinsrechts betrachten, dann können Sie wirklich nicht von einem Mißtrauen der Regierungen sprechen. Wie können Sie aber von der Regierung Vertrauen verlangen, wenn Sie mit denselben Argumenten sagen, die mit dieser Vorlage auch nicht recht. Auf Einzelheiten werde ich in der Kommission eingehen. (Zeh. Bravo! rechts.)

Abg. Dietrich (links): Wie beantragen die Vereinnahmung an eine Kommission von 21 Mitgliedern. In der Übertragung der Aufstellungsarbeiten an den Verfallungs-Vorarbeiten erwidert sich eine Schwächung des staatlichen Autoritätsrechts. Es ist ein Verstoß, das Her und Württemberg ein freies Vereinsrecht haben als Preußen. (Lachen bei den Soz.) — Der Ausgangspunkt der Beteiligung der Frauen am öffentlichen Leben ist, daß ein großer Teil von ihnen nicht heiraten kann. — Der Verstoß gegen Altersrenze erscheint uns unannehmbar. Die Kautelen, die der Herr Staatssekretär gegen die Staatsvereine setzen, sind für die antimilitaristischen Propaganda seitens der sozialdemokratischen Jugendorganisationen nicht genügend. — Die Sprachenbestimmung des § 7 ist notwendig gegenüber der großpolnischen Bewegung. Er könnte aber auch gegen förmigere Männer, Wenden u. a. angewandt werden. Bei allem unsern Vertrauen gegen den Staatssekretär, können wir nicht, aber die Prinzipien des Reichsstaates, unsere Grundzüge und unsere Vergangenheit nötigen uns dazu. (Zeh. wahr! im Zentrum, b. d. Soz. und b. d. Polen.) — An den Entwurf müßten sich hochgepöbelte Erwartungen, namentlich die von den liberalen Führern. (Heiterkeit im Zentrum und bei den Soz.) Alles, was ich sagen darf, ist, daß der Entwurf nicht als ein Verstoß betrachtet man ihn vom Standpunkt des preussischen Vereinsrechts; er verliert aber gegenüber dem bestehenden bairischen, hessischen, württembergischen Recht. In der Vorlage erkennt man an einigen Stellen einen modernen Geist, an anderen zeigt sich aber die Polizeifolge, namentlich ist das der Fall bei den Bestimmungen über die Aufhebung von Verfallungen und auch vor solcher in privater Form. Die Arbeiter können sehr leicht ungehindert zusammenkommen, die Arbeiter dagegen nicht. Alle Verfallungen, die sich mit Berufs- und wirtschaftlichen Interessen befassen, müssen von jeder politischen Beeinflussung frei bleiben. (Zeh. richtig! im Zentrum und bei den Soz.) Die Bestimmungen über private Verfallungen, in denen öffentliche Angelegenheiten verhandelt werden, müssen zu dem Auf veranlassen: Vorwärts! Hier liegen Fußangeln! (Heiterkeit.)

Der § 7 ist eine des Kultur- und Rechtsstaates unwürdige Ausnahmestimmung. Man sagt, daß dem Staat doch nicht zugemutet werden könne, die Beamte zu halten, die die politischen Sprache nach sich ziehen. Die drei bis vier Millionen, die in der deutschen Staatsbürger können sehr wohl dieses Verhalten zeigen, zumal sie nicht freiwillig unsere Mitbürger geworden, sondern angesetzt worden sind. (Zeh. wahr! im Zentrum, bei den Polen und bei den Soz.) Niemand hätte ein Richter und ein Richter dieser Degradation der Polen zu Staatsbürger anwerfen sollte. (Zeh. wahr! im Zentrum.)

Ein Mann wie der Philosoph Baugen, hätte es als unehrliche Grausamkeit bezeichnet, einen Volke seine Junge ausreichen zu wollen. Der Reichstag sollte sich bedenken, in der Rollenpolitik die Wege des Abgeordnetenhauses zu wandeln. (Zeh. wahr! im Zentrum.) Wir werden uns in der Kommission bemühen, das Gesetz so zu gestalten, daß es ein Wechselspiel von Beamten zum freien Bürgeramt werden kann. (Zeh. anhaltendes Bravo! im Zentrum, heftiges Rufen rechts, erneuter Beifall im Zentrum und bei den Polen.)

Abg. Dr. Hieber (links): Reichsvereinsgesetzliche Regelung des Vereins- und Verfallungsrechts ist eine alte liberale Forderung. Jetzt endlich sucht man sie zu erfüllen; die viel berufene Aufhebung des Vereinsrechts ist ein Schritt vorwärts. Man sollte nicht so einseitig das südwestliche Vereinsrecht loben, so gibt a. B. Baden der Polizei das Recht, Verfallungen im voraus zu verbieten. (Hört, hört! rechts.) Das Koalitionsrecht müßte aus der Vorlage wegschneiden, da es eine ganz andere geordnete Materie ist. Wir werden aber in der Kommission vorläufig prüfen, ob etwa durch Bestimmungen dieses Entwurfs das Koalitionsrecht und die Berufsvereine beeinträchtigt werden. Eine reichsweite Regelung des Rechts der religiösen Vereine würde wir zuerst als nationales Unglück betrachten. (Hört, hört! im Zentrum, Beifall bei den Kathol.) Wir betrachten die Aufhebung der Frauen 2. Frage 21. Ministerialrat werden wir in der Kommission prüfen. Es ist nicht erübrigend, daß unorganisierte Leute sich mit Politik befassen. Die Notiz aus der Einreichung eines Vorstandsberichts ist für Süddeutschland ein Rückschritt, aber ein Rückschritt für alle Staaten, in denen dieser ein allgemeines Bürgerrecht einbezogen werden müßte. Die Bestimmungen über die Annahme der Aufstellungsbefugnisse usw. müssen vorläufig geprüft werden. — Den Vitanen, Matrikeln und Weiden muß der Gebrauch der Muttersprache gesetzlich garantiert werden, ebenso den französisch sprechenden Elsas-Lothringern. Ganz anders sieht es bei den Polen, die vielfach als Bestandteil deutscher Völkerverbände betrachtet werden. Deutschlands nationale Ehre und nationales Empfinden muß geschützt werden. (Beifall bei den Kathol., Rufen bei den Polen.)

Abg. Seine (Soz.): Am vorliegenden Entwurf ist das Vereinsrecht der Bundesstaaten der deutschen Einzelstaaten fordern der außerdeutschen Staaten dargestellt. Die Regierung zeigt uns also sehr, welche Freiheiten andere Kulturstaaten haben, und wir nicht haben. (Zeh. wahr! b. d. Soz.) Dieses Gesetz hier bringt einige Fortschritte, aber genügt auch nicht im Entschiedensten, was das deutsche Volk von einem Reichsrecht der Vereinigung verlangen kann. (Zeh. richtig! b. d. Soz.) Die Fortschritte lassen sich in drei Worte zusammenfassen. Die Bestimmungen gegen Frauen und die Altersrenzen, und das Einzeichnen der Mitgliedererwerbungen sollen wegfallen. Das dritte, was ich hervorheben möchte, ist die Aufhebung der Verfallungen, sondern sogar für Frauen und Preußen. (Hört, hört! b. d. Soz.) und das will ich sagen. (Heiterkeit.) Die Zugeständnisse der Regierung sind in Wirklichkeit gar keine Zugeständnisse. Man hat nur auf das verzichtet, was sich eben gar nicht mehr halten ließ.

Die Mitglieder hatten eine Qual für die Polizei gewonnen. Mit dem Entwurf für Frauen erregte man die Heiterkeit ganz Europas, und die Bestimmungen gegen Verfallungen lassen sich nicht mehr aufrecht erhalten, seitdem der Kaiser und der Kaiserin in der Wahlacht vor einer schwarzen jungen Purzchen politische Reden gehalten haben. (Große Heiterkeit bei den Soz. und im Jtr., Lärm rechts.) Noch dazu scheint der Staatssekretär diesen Bestimmungen mit seinen Augen nachgesehen und große Zeit zu haben, sie mit Hilfe des rechten Blodflüßels so oder so wieder einzuführen. Vielleicht verlangen die Konventionen diese Konzeption von ihren jeweiligen Mandatären als Belohnung für irgendwelche Gegenleistung. (Widerpruch b. d. Jtr.) Wenn nicht, mir um so lieber.

Was mit den politischen Reden des Staatssekretärs und des Abg. Dietrich auseinanderzusetzen, habe ich keine Veranlassung. Der Realismus unserer Partei ist rein und wahr. (Lachen rechts.) Mit Ihnen (nach rechts) alten Vitanen machen Sie auf die Öffentlichkeit seinen Eindruck mehr. (Zeh. wahr! b. d. Soz.) — Von den genannten kleinen Konzeptionen abgesehen, zeigt der Entwurf den alten Polizeigeist. Die Verfallungsbestimmung und die Eingangsbestimmung sind ein Verstoß gegen das Vereins- und Verfallungsrecht. Alle diese Dinge haben das Vereins- und Verfallungsrecht in Deutschland zu einem Spott für andere Nationen und zu einer Kette von Qualitäten für den Deutschen gemacht. (Zeh. richtig! b. d. Soz.) In Preußen und Sachsen ist es am schlimmsten; aber in Baden-Baden wird auch registriert, als ob es schon an Preußen gehört. (Heiterkeit und Zeh. richtig! b. d. Soz.) Geschrieben werden natürlich nur militärische Vereine, sozialdemokratische, politische, gewerkschaftliche, der Verbände aus freisinnigen. (Heiterkeit b. d. Soz. und im Jtr.)

Unser klarer und einfacher Standpunkt ist bekannt. Wir fordern volle Vereins- und Verfallungsrechte, aber die Verfallungsbestimmung und die Eingangsbestimmung sind ein Verstoß gegen das Vereins- und Verfallungsrecht. Mit einer einfacheren Übertragung des württembergischen und hessischen Zustandes auf das Reich wäre nicht geholfen. Verwaltung und Justiz werden in Preußen dafür sorgen, daß alles dem alten bleibt. Wir müssen daher nicht verminderte sondern vermehrte Bestimmungen fordern, Bestimmungen, die nicht Beschränkungen der Bürgerrechte, sondern vielmehr den Behörden Beschränkungen verbieten. (Zeh. richtig! b. d. Soz.) Herr Hieber sagte ganz richtig, vernünftige Gesetze helfen allein nichts; es gehören auch vernünftige Regierungen dazu. In Süddeutschland, egal er hinaus, haben wir vernünftige Regierungen. Die Schlußfolgerung, daß wir in Norddeutschland keine vernünftigen Regierungen haben, hat er leider nicht gezogen. (Heiterkeit b. d. Soz.) Polizei und Behörden haben sich der ihnen in unseren Gesetzen verliehenen Freiheiten nicht fähig und nicht würdig erwiesen, und man müsse sie daher wieder an die Kette legen. (Zeh. richtig! b. d. Soz.) Vor allem ist zu fordern, das unbedingte Aufheben der Überwachung der Verfallungen und Vereine. Der Staat hat dabei nichts zu fürchten; er kann nicht durch die Unmündigkeit werden, ohne daß es jemand merkt. (Heiterkeit und Zustimmung b. d. Soz.) Die Überwachung dient ja auch nicht der Sicherheit des Staates, sondern dazu, oppositionelle Elemente zu drangalieren. (Zeh. wahr! b. d. Soz.) Im Saarrevier drangaliert die national-liberale Partei sozialdemokratische und sozialistische Arbeiter. (Zeh. wahr! b. d. Soz.) und im Jtr., Innre b. d. Ratt.) Im Bochum drangaliert das Zentrum sozialdemokratische und polnische Arbeiter. (Hört, hört! b. d. Soz.) Innre im Jtr., Heiterkeit b. d. Ratt.) In Kiedinghausen ist die Polizeipraxis durch einen Prozeß festgelegt worden. Das dortige Gericht zeigte sich dann sehr objektiv. Es war in Verhandlungsbefugnisse, die nicht möglich, auch nur eine vernünftige Verfallung abzuhalten. Der Polizeipostoffizier Hübner sagte zu der Frau eines von der Polizei fortwährend aus der Arbeit gehenden Mannes. Sorgen Sie zuerst dafür, daß Ihr Mann eine andere Meinung bekommt, dann lerne ich über Arbeit. (Hört, hört! b. d. Soz.) Bürger leiden sich über dieses Thema freuen. In den letzten Jahren sind die Verfallungen der Arbeitervereine sehr selten geworden. Aber was ist eine öffentliche Angelegenheit? Für politische Angelegenheiten sind in Deutschland schon erklärt worden, Turnen, Singen, Kadeln; immer natürlich nur bei politisch missigen Elementen, nicht etwa bei Studenten und sonstigen Wohlgeleiteten.

(Auf der Rechten unterhalten sich der Abg. v. Fröcher, Präsident des Abgeordnetenhauses und der Abg. Frick mit lauten Stimmen.) Die Rechten bekommen plötzlich einen solchen Spaß, daß ihm sein Nachbar mit aller Gewalt aus den Rücken fließt.)

Die Herren auf der Rechten können auch so lebendig sein, sich nicht ganz so laut zu unterhalten. (Zeh. wahr! b. d. Soz.) Abg. Dr. Sidelmann rufte: Der Herr Mann hat eine starke Stimme! Heiterkeit. Die Rechten auf der Rechten haben sich als politische Veranstaltung angesehen worden, obwohl die Damen noch gar nicht zum Reden gekommen waren. (Große Heiterkeit.) Das neue Gesetz macht noch nicht einmal den Versuch, die Begriffe zu definieren. Und doch wäre eine solche Definition dringend geboten. Nachdem man schon Kommissionen von drei Mitgliedern (Jury) sogar schon zwei Mitgliedern, Heiterkeit.) Die Vereine erklärt hat. Eine ganz unnütze Schikane ist auch die Forderung, daß jeder Verein eine Satzung haben muß. Eine Quelle enger Schikane und Prozesse wird auch in Zukunft die beibehaltene Bestimmung werden, daß die Vereine ihre Mitglieder an dem Orte ihres Sitzes anzumelden haben. Der Bürgerrechtverband und der katholische Bürgerverband können ein Lied von der Hand haben, diese Bestimmungen sängen. Von jedem Ortsverein des letztgenannten Bundes wurde verlangt, daß er nicht nur seine Mitglieder sondern die Mitglieder aller Ortsvereine anmelden solle, und das Kammergericht hat diese Auffassung bestätigt. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Völlig unbestimmt bleibt der Begriff der Verfallung. Einmal als Verfallung aufgefaßt worden. (Zeh. wahr! b. d. Soz.) Und was den Unterschied von öffentlichen und geschlossenen Versammlungen anbelangt, ist die Polizeipraxis in Preußen darauf hinaus, daß die Verfallungen von Arbeitervereinen immer als öffentliche angesehen werden. Die Sicherheitsvorrichtungen bei Versammlungen werden bekanntlich auch sehr verschieden gehandhabt. Treppen, über die 400 Arbeitervereine getrieben laufeiten können, droben mit Gittern, wenn 30 Arbeiter über sie zu gehen haben. (Große Heiterkeit und Lach. Hört, hört! b. d. Soz.) Das der Entwurf für die Verfallungsbestimmung ist ein Verstoß gegen die Verfallungsbestimmung, bedeutet eine erhebliche Verletzung des bisherigen Zustandes sogar für Sachsen. (Hört, hört!) Als Aufzug ist es übrigens schon betrachtet worden, wenn fünf strenger hinterinander in den Grunewald führen. (Große Heiterkeit.) — Der neue Entwurf will den bisherigen Be-



geff. Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Erhaltung...  
...die Bestimmung mit welcher, das keine...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...

...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...

...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...

...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...

...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...

...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...

...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...

...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...

...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...

...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...

...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...

...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...

### Aus den Nachbarkreisen.

#### Achtung, Dorfmacher!

Die Sektionsvermittlung der Dorfmacher verhängte am Sonntag die Sperre über Zeitz. In einigen Tagen können die Arbeiter der Holzgewerbe arbeitslos werden. Alles Umgehende ist streng zu vermeiden. Ausdrückliche Dorfmacher müssen sich bei Arbeitsangeboten nach Zeitz mit der Sozialverwaltung in Verbindung setzen.

#### Dem Reichsverband.

Der Zeitzer Anzeiger bringt aus Zeitz folgenden Bericht: Zeitz d. 1. Dezember. Die Ortsgruppe Stredau und Umgebend des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie veranfaßte heute nachmittag im Holzfabrikalokal hier unter dem Vorsteher des Dampfheizers Lorenz aus Stredau eine Versammlung, in der Sekretär Wetzels aus Altenburg über „Nationale Wollpolitik und Sozialdemokratie“ sprach. Trotz schlechter Witterung war der Besuch noch ein guter. Herr Wetzels behandelte sein Thema in vorzüglicher und vollkommen einwandfreier Weise, so daß selbst die anwesenden Gegner ihm nicht zu widerlegen vermochten. Der 146 Mitglieder starke Ortsgruppe traten wiederum mehrere neue Mitglieder bei. — Ueber das Holzfabrikalokal verhängte die hiesige Sozialdemokratie den Boykott verhängte, weil ihnen daselbst keine Versammlungen überlassen wolle. Die Art und Weise, wie man einen Boykott die freie Verfügung über sein Lokal beschränken will und wie man der Arbeiterkassette vorschreiben will, wo sie verkehren soll, eröffnet recht interessante Perspektiven in dem so heiß ersehnten „Zukunftstaate“.

Zu dem Bericht haben wir zu ergänzen: Die Versammlung war nur schwach besucht; für die Reichsverbändler mag der Besuch allerdings ein guter gewesen sein, sie sind ja in dieser Hinsicht nicht sehr verwöhnt und freuen sich schon, wenn sie ein Zuhörer zu sich ziehen können. Von den Sozialdemokraten ist niemand zu der Versammlung gegangen, denn es waren ja nur solche Leute eingeladen, die von vornherein zu dem Zeichen der Wollpartei infli. des Reichsverbandes den Mund halten müssen. Die „anwesenden Gegner“ hat der Berichtsteller also nur im blauen Nebel gesehen. Man sollte doch Sozialdemokraten den Zutritt zu solchen Versammlungen gestatten, denn wenn sie die vorzüglichsten und vollkommensten einwandfreien Ausführungen des Herrn Wetzels und seiner Freunde gehörig geprüft werden. Sie sind aber noch damit beunruhigt, daß Gegner, die man vorher einfach ausschließt, Ausführungen nicht widerlegen können, zeigt nur, wie niedrig die Reichsverbändler ihre Arbeit und ihre Tätigkeit einschätzen. Den Mut haben die Leute doch nicht, jedermann zur freien Diskussion zuzulassen, wie das z. B. die Sozialdemokraten tun.

Was nun den Boykott über das Holzfabrikalokal anbelangt, so trifft es allerdings zu, daß das der Fall ist, aber die Schlussfolgerungen, die der Berichtsteller an diese Mitteilung knüpft, beweisen nur seinen Unverstand. Wie würde er selbst z. B. über Ehold urteilen, wenn derselbe seinen Saal den Sozialdemokraten, nicht aber den Reichsverbändlern geben würde? Würde er damit zufrieden sein? Würde er dann auch noch von der freien Verfügung eines Wirtes schreiben? Dem Berichtsersteller geht jegliches Gefühl für Recht ab. Wenn die Sozialdemokraten haben die Verpflichtung, denjenigen Wirt zu boykottieren, der eine Partei in seinem Saale bildet, eine andere Partei aber ausschließt. Die Sozialdemokraten sind doch keine Hunde, die sich solche Behandlung gefallen lassen müssen. Und dann — handeln denn etwa die bürgerlichen Parteien und die Behörden in ähnlichen Fällen anders als die Sozialdemokraten? Politisieren sie nicht auch? Hat die Militärbehörde z. B. in Zeitz die Gestehtgeschäfte nicht aus dem Schlosshause nach der Reichshalle verlegt, weil ersteres zur Reichstagswahl im Bunde mit anderen Lokalen so konsequent geschlossen war, den bürgerlichen Parteien den Saal nicht zu überlassen, weil man damals auch den Sozialdemokraten den Saal nicht gab? Warum hat damals der Reichstagswahl so konsequent geschlossen war, den bürgerlichen Parteien den Saal nicht zu überlassen, weil man damals auch den Sozialdemokraten den Saal nicht gab? Warum hat damals der Reichstagswahl so konsequent geschlossen war, den bürgerlichen Parteien den Saal nicht zu überlassen, weil man damals auch den Sozialdemokraten den Saal nicht gab?

...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...

...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...

...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...

...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...

...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...

...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...

...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...

...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...

...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...

...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...

...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...

...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...

...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...

...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...

...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...

...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...

...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...

...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...

...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...

...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...  
...die Bestimmung im § 9, wonach die...  
...als...